

WAFFENEXPORTE

Stillschweigend erledigt

Die umstrittene Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China wird die neue Bundesregierung mit Einverständnis der SPD-Seite vorerst nicht weiter verfolgen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte während des Staatsbesuchs von Chinas Präsident Hu Jintao zwar, bei seiner Forderung nach einer Beendigung der seit 1989 geltenden Sanktion zu bleiben. Bei den Koalitionsverhandlungen einigten sich die Außenpolitiker von Union und SPD jedoch darauf, das Thema einvernehmlich auf Eis zu legen. Anstatt die Beibehaltung des Embargos schriftlich zu fixieren – wie von CDU/CSU gewünscht –, boten die SPD-Unterhändler eine für sie gesichtswahrende Lösung an: Man solle sich „tief in die Augen schauen“ und

sich gegenseitig versichern, dass man einer Meinung sei. Offiziell verkünden beide Lager seither, die Frage stehe nicht auf der Tagesordnung. Präsident Hu schnitt das heikle Thema im Gespräch mit der designierten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht an.



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Hu, Schröder

UNIVERSITÄTEN

Unfähige Professoren?

Im Zuge der Umstrukturierung der Niedersächsischen Hochschulen ist es in Göttingen zu einem Eklat gekommen. In Absprache mit der Landesregierung will der Präsident der Göttinger Universität, Kurt von Figura, die sozialwissenschaftliche Fakultät drastisch verkleinern. Von derzeit vier Lehrstühlen für Politikwissenschaft würden nur zwei bestehen bleiben. In einer öffentlichen Sitzung der Fakultät warf Figura der Göttinger Politikwissenschaft vergangenen

Donnerstag Profillosigkeit und mangelnde „Entwicklungsfähigkeit“ vor. Mit dem Orientalisten Bassam Tibi sowie den Parteienforschern Peter Lösche und Franz Walter lehren international renommierte Fachleute an der Fakultät. Deren Forschungsschwerpunkte betrachtet der Biochemiker Figura überwiegend als „Politik-Feuilleton“. In einer internen Sitzung habe Figura ihn gedrängt zuzugeben, dass er „schlecht“ sei, so Walter. Figura kann sich an eine solche Äußerung „nicht erinnern“. Die Kapazitäten in Göttingen sollen nun der relativ unbekannten Politikwissenschaft in Hannover zugute kommen.

MINISTERIEN

Teure Teilung

Zusätzliche Ausgaben in Millionenhöhe verursacht die von Union und SPD verabredete Wiederbelebung des Arbeitsministeriums. Weil der designierte Ressortchef und Vizekanzler Franz



BJÖRN HAKE / ACTION PRESS

Mün-tefe-ri-ng, Schmidt

Mün-tefe-ri-ng (SPD) möglichst bald in die bisherigen Büros seiner Parteifreundin Ulla Schmidt einziehen möchte, braucht die Gesundheitsministerin eine neue Bleibe. Bereits besichtigt wurde eine ältere Immobilie in der Nähe des Friedrichstadtpalastes in Berlin-Mitte. Das Gebäude steht größtenteils leer und müsste vor einem Bezug gründlich saniert werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass bei der Neuordnung der Ministerien zusätzliches Personal gebraucht wird, darunter mehrere hochdotierte Spitzenkräfte. Als das alte Arbeitsministerium vor drei Jahren aufgelöst und auf die Ressorts für Gesundheit und für Wirtschaft verteilt wurde, konnten insgesamt mehr als 70 Planstellen eingespart werden. Diese, so heißt es, müssten nun zumindest teilweise neu eingerichtet werden, um die Arbeitsfähigkeit der drei Ministerien zu gewährleisten.